

Die Diskussion über Punkt 5: Die **Maifeier**, wird fortgesetzt.

Eiserdt-Krefeld: Ueber die Beteiligung an der Maifeier besteht wohl eine allgemeine Unzufriedenheit. Die Hoffnungen und Wünsche, die wir an die Abhaltung der Maifeier knüpfen, sind jedenfalls nicht in Erfüllung gegangen. Besonders im Ausland hat die Maifeier noch wenig Boden gefaßt, wenn auch überall langsam Fortschritte gemacht werden. In England wird sie mit der wachsenden Stärke der politischen Arbeiterbewegung sich sicher besser einbürgern und den demonstrativen Charakter annehmen, den wir wünschen. In Deutschland wird die Beteiligung von Jahr zu Jahr stärker und sie würde noch stärker sein, wenn nicht die wirtschaftliche Krise gekommen wäre. Wir leben ja nicht in Volkensluckdackheim; wir können nicht unter allen Umständen am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, denn wie sollten die Gewerkschaften sonst die Kosten für die Entschädigung der Gemahregelten tragen! Durch die Maifeier dürfen die Kassen der Gewerkschaften nicht geleert werden. Glücklicherweise läßt das Aussperrungsfever der Unternehmer nach; sie haben in der Sache ein Haar gefunden. Die Gewerkschaftsführer haben also nicht etwa Ursache zu bremsen. In vielen Städten haben die Unternehmer ja die Angst vor der Maifeier verloren und in vielen Betrieben die Arbeitsruhe am 1. Mai bewilligt. Ich stehe auf dem Boden der Resolution des Vorstandes.

Krüger-Dresden. Es ist in den verflochtenen Debatten viel davon gesprochen worden, daß man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen solle. Die Arbeiter wünschen aber keine Aenderung der Maifeier. Meiner Ansicht nach wird die Sache am besten von den Gewerkschaften erledigt, jedenfalls im Einverständnis mit ihnen, da sie für die Kosten einzutreten haben. Eine Einschränkung der Maifeier, wie sie von manchen Seiten gewünscht wird, muß auf jeden Fall zurückgewiesen werden. Wenn man z. B. die Feier auf den ersten Sonntag im Mai verlegen sollte, so wäre es keine Maifeier mehr, sondern ein gewöhnliches Sommerfest ohne demonstrativen Charakter.

Kniphols-Friedberg: Bei uns herrscht die größte Mißstimmung darüber, daß nichts geschieht, um die Maifeier auch auf dem platten Lande populär zu machen. Wir wünschen, daß der Parteivorstand ein geeignetes Flugblatt über die Bedeutung des ersten Mai herausgibt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie um die Annahme unseres Antrags.

Gewehr-Eberfeld: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir an dem System unserer Maifeier nichts ändern, sondern sie in dem bisherigen Sinne weiter ausbauen sollen. Das aber muß den lokalen Organisationen überlassen werden; deren Aufgabe ist es, die Idee des Sozialismus und den Gedanken des Acht-tagesfestes weiter zu propagieren. (Zustimmung.)

Wibe-Dreslau empfiehlt den Antrag 64. Es waltet eine gewisse Mißstimmung über die Maifeier vor. Die Maifeier soll eine Demonstration sein, ist es aber nicht, denn die Arbeiter, die sich beteiligen, bilden doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterschaft. Besonders im Osten kann nicht davon die Rede sein, daß die Maifeier einen demonstrativen Charakter habe. Aus diesen Gründen sagten sich die Breslauer: Entweder volle Arbeitsruhe am 1. Mai oder gar keine. Und da wir die volle Arbeitsruhe nicht durchführen können, so halten wir es für besser, ganz darauf zu verzichten und nur abends in Versammlungen den 1. Mai zu feiern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Berichterstatter **Pfaundsch** verzichtet aufs Schlußwort.

Die Münchener Resolution über die Maifeier wird erneut beschlossen. Damit sind die Anträge 60 bis 65 erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Den Vorsitz übernimmt

Singer und teilt mit, daß seitens der Kontrollkommission die Genossen **Eberhardt-Charlottenburg** und **Wengels-Berlin** in den Partei-

vorstand gewählt sind. Vorsitzender der Kontrollkommission ist **Meister-Hannover**.

Bevor in den Beratungen fortgefahren wird, erklärt

Singer: Ich glaube, es wird den Parteitag interessieren, wenn ich ihm das Urteil des Laurahütten-Prozesses mitteile. Dies Urteil ist ein Beweis für die neueste Anwendung der milden Form des Klassenkampfes (Sehr gut!) seitens der bürgerlichen Gesellschaft, vertreten durch die Instanzen und durch die Institutionen, welche die Gesellschaft sich unter andern auch in der Justiz gegeben hat. Es sind im ganzen 43 Jahre 1 Monat Gefängnis verhängt. (Große Beiwegung und lebhaftes Entrüstungsrauschen.)

Der Parteitag tritt hierauf in die Beratung des Punktes 7 der Tagesordnung:

Anträge zum Programm und zur Organisation.

Auf das Programm beziehen sich die Anträge 66 und 68. Beide erhalten nicht die genügende Unterstützung und sind insolgebeffen erledigt.

Singer: Die auf die Organisation bezüglichen Anträge zerfallen in drei Gruppen; die erste Gruppe bezieht sich auf den § 2 des Organisationsstatuts, der vom Ausschluß handelt, die zweite auf die Vertretung der Fraktion auf künftigen Parteitag, die dritte Gruppe bezweckt eine andre Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf Parteitag. Hierzu liegt der Antrag 134 vor, der eine Vertagung bis zum nächsten Jahre bedeutet. Ich beabsichtige, zunächst diesen Antrag zur Beratung und Abstimmung zu bringen. Daher aber muß ich die Unterstützungsfrage für alle Anträge zur Organisation stellen.

Sämtliche Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, werden genügend unterstützt.

Glückbach-Köln widerspricht dem Vorschlage Singers, zuerst den Antrag 134 zu beraten.

Die Abstimmung ergibt, daß der Parteitag sich dem Vorschlage Singers anschließt.

Es wird also zunächst Antrag 134 beraten.

Gewehr-Eberfeld: Wir haben den Antrag 134 nicht mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, sondern aus sachlichen Gründen gestellt, weil die verschiedenen Vorschläge eine Vorberatung erfordern. Wir werden doch wohl die Frage noch ein Jahr vertagen können.

Stuhbe-Hamburg ist gegen die Vertagung der Frage. Bereits in Lübeck haben wir den Vorstand beauftragt, § 3 des Organisationsstatuts zu revidieren; das ist durch den vorliegenden Antrag des Vorstandes geschehen, es liegt gar kein Grund vor, diesen Antrag jetzt nicht zu erledigen.

Der Antrag 134 wird angenommen. Damit sind die Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, dem Parteivorstand überwiesen.

Es folgt Punkt 8: Sonstige Anträge, die in die drei Gruppen: Agitation, Presse, Zeit und Tagesordnung des nächsten Parteitages gegliedert werden.

Zum Punkte: Agitation gehören die Anträge 86, 87, 88, 89, 40, 41, 42, 58, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 67, 112, 113, 115, 116, 117, 119, 126, 127, 133.

Antrag 114, der die Alkoholfrage betrifft, wird von **Herz-Flensburg** mit der Motivierung zurückgezogen, daß eine eingehende Beratung dieser wichtigen Angelegenheit bei der vorgerückten Zeit nicht möglich sei. Hoffentlich werde man im nächsten Jahr Zeit zu gründlicher Erörterung finden.

Die erforderliche Unterstützung finden nur die Anträge 86, 58, 54, 55, 56, 59, 112, 119 und 133. Diese werden zur Debatte gestellt.